

Medienmitteilung

Thema	Gemeindeabstimmungen Stadt Bern vom 9. Juni 2013
Für Rückfragen	Peter Ammann, Parteipräsident, Tel. + 41 79 222 71 90 Michael Köppli, Fraktionspräsident, Tel. +41 79 743 30 89
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6414, 3001 Bern eMail bern@grunliberale.ch , www.bern.grunliberale.ch
Datum	9. Juni 2013

Grünliberale erfreut über die Bestätigung der neuen Kita-Finanzierung

Die Grünliberalen Stadt Bern nehmen das Ja der Berner Stimmberechtigten zum Kita-Reglement des Stadtrates und die Ablehnung des Volksvorschlags mit grosser Befriedigung zur Kenntnis. Damit ist der Weg frei für die 2011 vom Berner Volk beschlossene neue Kita-Finanzierung mit Betreuungsgutscheinen und einem fairen und gleichberechtigten Wettbewerb zwischen privaten und städtischen Kitas. Zufrieden sind die Grünliberalen auch mit der klaren Annahme der Vorlage für den Schutz von Wohnraum.

Mit der Zustimmung zum Reglement über die familienergänzende Betreuung von Kindern und Jugendlichen (FEBR) des Stadtrats und der Ablehnung des von linken und gewerkschaftlichen Kreisen initiierten Volksvorschlags haben die Stadtberner Stimmberechtigten den Volksentscheid aus dem Jahr 2011 bestätigt. Damals sagte eine Mehrheit Ja zu einem Systemwechsel bei der Finanzierung von Kindertagesstätten, indem nicht mehr Institutionen subventioniert, sondern die Eltern mit Betreuungsgutscheinen unterstützt werden sollen. Mit dem nun angenommenen Betreuungsreglement kann dieser Systemwechsel umgesetzt und ein fairer und gleichberechtigter Wettbewerb zwischen städtischen und privaten Kitas ermöglicht werden. Dies soll zu einer quantitativen und qualitativen Verbesserung des Angebotes an Betreuungsplätzen beitragen. Der abgelehnte Volksvorschlag dagegen hätte nach Ansicht der Grünliberalen den Wettbewerb durch Defizitgarantien und Preisobergrenzen auf unfaire Weise zu Gunsten der städtischen Kitas verzerrt.

Mit der Annahme der Teilrevision der Bauordnung („Schutz von Wohnraum“) sagen die Stimmberechtigten Ja zu einer nach Meinung der Grünliberalen verhältnismässigen Vorgabe, die zur Erhaltung von städtischem Wohnraum und damit zur Linderung des Siedlungsdrucks auf die Region beiträgt.